

Sicherheitsbehörden warnen vor radikalem Straßenprotest

Welt, 07.08.2022, Dirk Banse, Nikolaus Doll, Uwe Müller

<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus240324625/Gas-und-Strom-Sicherheitsbehoerden-warnen-vor-radikalem-Strassenprotest.html?cid=email.crm.redaktion.newsletter.politik>

In der dunklen Jahreszeit drohen der Republik wegen rasant steigender Energiepreise radikale Proteste. Zu dieser Einschätzung gelangen deutsche Sicherheitsbehörden. Weil Russland die Stimmung mit Desinformationen anheizt, ist sogar die Spionageabwehr eingeschaltet worden.

Sicherheitsbehörden sehen eine wachsende Gefahr: Extremisten könnten die Angst der Bürger vor Einschränkungen wegen der massiven Preissteigerung ausnutzen – um den sozialen Frieden im Land zu untergraben. „Demokratiefeinde warten nur darauf, Krisen zu missbrauchen, um Untergangsfantasien, Angst und Verunsicherung zu verbreiten“, sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD)

Extremistische Kreise suchten derzeit nach Themen, mit denen sich die Bevölkerung in ihrem Sinne mobilisieren ließe, warnt Faeser. „Was schon Rechtsextremisten und unterschiedliche andere Szenen bei den Corona-Protesten verbunden hat, bleibt der gemeinsame Nenner: die Verachtung für die Demokratie und der Versuch, das Vertrauen in unseren Staat zu erschüttern“, so Faeser.

In ihrem Ministerium schließt man nicht aus, dass es zu einer Entwicklung kommt, die ähnlich viele Menschen erreichen könnte wie in den Hochzeiten der Corona-Pandemie, als es außerordentlich massiven Straßenprotest gab. Wenn die Preissteigerungen viele Menschen hart treffen würden und es zusätzlich im Herbst eine starke Corona-Welle geben sollte, dann sei das Potenzial für eine Radikalisierung da, heißt es.

Gaspreise steigen exorbitant

Die hohe Inflation wird vor allem durch den Preisanstieg für Energie angeheizt. Die Gaspreise steigen aufgrund ausbleibender Lieferungen aus Russland exorbitant. Hinzu kommt, dass die Bundesregierung in dieser Woche entschieden hat, extreme Preisspitzen durch eine Umlage aufzufangen, die alle Gasempfänger aufbringen müssen.

Das führt zu Zusatzkosten, die sich bei einem durchschnittlichen Haushalt mit vier Personen auf bis zu 1000 Euro summieren könnten. Die genaue Höhe der Umlage soll Mitte August veröffentlicht werden.

Nach Einschätzung der Nachrichtendienste wollen Extremisten diese von Teuerung und Unsicherheit geprägte Lage ausnutzen. „Sie hoffen, dass Energiekrise und Preissteigerungen die Menschen besonders hart treffen, um die Stimmung aufzugreifen und Werbung für ihre staatsfeindlichen Bestrebungen zu machen. Wir verfolgen dieses Treiben mit wachsamen Augen und offenen Ohren“, erklärte der Chef des Brandenburger Verfassungsschutzes, Jörg Müller.

Die Verfassungsschützer in Nordrhein-Westfalen stellen fest, dass von der Szene verstärkt tagesaktuelle politische Inhalte aufgegriffen und mit Verschwörungsmmythen belegt würden. „Wir sehen, dass zurzeit in sozialen Netzwerken wie Telegram vermehrt Inhalte geteilt werden, bei denen es um Inflation, Energie und den Ukraine-Krieg geht“, sagte Landesinnenminister Herbert Reul (CDU).

In entsprechenden Telegram-Kanälen beobachten Verfassungsschützer mehrheitlich prorussische Botschaften sowie die Verbreitung von Desinformationen. Demnach sind auch Fake-Videos im Umlauf, um mit Blick auf den Ukraine-Krieg die Stimmung zugunsten Russlands zu beeinflussen. Die Spionageabwehr soll bereits verantwortliche Akteure im Visier haben, heißt es.

Die Energiekrise ist ein Topthema in der Politik. „Wir werden nicht alle finanziellen Lasten, die jetzt auf die Menschen zukommen, mit staatlichen Hilfen ausgleichen können“, sagt Thorsten Frei, Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsbundestagsfraktion. „Mit immer noch mehr Schulden wird nicht nur die Zukunft unserer Kinder verespert, sondern werden auch neue Ursachen für noch mehr Inflation geschaffen.“

Rolf Mützenich, SPD-Fraktionschef, erklärte: „Die Menschen erkennen inzwischen die Herausforderungen, die sich aus den verschiedenen Krisen ergeben. Für einen großen Teil der Bevölkerung werden die finanziellen Belastungen spürbar zunehmen.“ Das führe natürlich zu Nervosität, „auch bei manchen politischen Entscheidern übrigens“.